



Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Hg. v. Elmar Altvater, Dieter Boris, Tatjana Chahoud, Hans-Joachim Döring, Rainer Falk, Bernd Hamm, Gunther Hilliges, Uwe Hoering, Jens Martens, Klaus Milke, Doris Peschke, Christoph Scherrer, Frithjof Schmidt, Herbert Schui, Heffa Schücking, Barbara Unmüßig, Peter Wahl, Christa Wichterich

Mit dieser Ausgabe beginnen wir eine Serie von Sonderdiensten, die der Einstimmung auf den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD), der ein Jahrzehnt nach Rio im September 2002 in Johannesburg stattfindet, dienen soll. Vor zehn Jahren trug unsere "Maracujá"-Serie maßgeblich dazu bei, die "blinden Flecken" des Rio-Prozesses zu identifizieren. Obwohl damit einige der seither eingetretenen negativen Entwicklungen bereits vorgezeichnet waren, hat sich das Panorama heute entscheidend verändert: Der viel beschworene "Aufbruch" in eine neue Welt der nachhaltigen Entwicklung, der von Rio ausgehen sollte, fand nicht statt. Begonnen hat vielmehr eine neue Phase des globalen Kapitalismus. Dieser hat es anscheinend immer weniger nötig, für "Umwelt und Entwicklung" zu sorgen, also die beiden zentralen, in Rio bekräftigten Bauelemente einer sozial-ökologischen Daseinsvorsorge für den Planeten zu pflegen. Barbara Unmüßig führt in die Bilanz zehn Jahre nach Rio ein. Bernd Hamm stellt die neue Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union vor. Beide beschäftigen die Frage, welche Rolle die Ideen der Nachhaltigkeit in einem Kontext spielen (können), der mehr und mehr durch die Maximen des verschärften Wettbewerbs und die Dominanz ökonomischer Globalisierung charakterisiert ist.

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg:

Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung

Johannesburg wird vom 2. bis 11. September 2002 den Weltgipfel der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) ausrichten. Dieser Gipfel will zehn Jahre nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro vom Juni 1992 Bilanz ziehen und "aktionsorientierte Entscheidungen" (Bundesumweltministerium) auf den Weg bringen. Eine offizielle Tagesordnung für Johannesburg liegt noch nicht vor. Sie wird voraussichtlich erst nach der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung ("Financing for Development" – FfD), die im März 2002 in Monterrey/Mexiko stattfindet, festgelegt werden. Einige Regierungsvertreter im Norden fürchten sogar, daß die Entwicklungsländer den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung boykottieren werden, wenn zuvor in Mexiko die reichen Länder nicht substantielle Finanzmittel auf den Tisch legen. Wie im UN-Kontext bei Weltkonferenzen üblich, finden allerorten regionale Vorbereitungskonferenzen statt, und die Rio gegründete UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) fungiert als Vorbereitungsausschuß des Gipfels. Auffallend in der Dramaturgie der Vorbereitungspläne ist, daß sich die Regierungen mit einer Bilanz nicht allzu lange aufhalten

wollen. Solange diese sich auf harte ökosoziale Fakten bezieht, gibt es ja auch wenig politische Kontroversen, weder zwischen Nord und Süd, noch zwischen Zivilgesellschaft und Regierungen. Die Empirie läßt hier wenig Zweifel zu: Der Klimawandel beschleunigt sich, der Verlust der biologischen Vielfalt geht ungebremst weiter, lebensnotwendige öffentliche Güter wie Trinkwasser werden knapp, die Kluft zwischen Arm und Reich zwischen und innerhalb der Staaten nimmt zu statt ab.

Die Glaubwürdigkeitslücke des Nordens

Obwohl gerade sie Ausgangspunkt für politische Umsteuerung sein müßte, will sich keiner der verschiedensten Akteure so richtig an eine vertiefte Ursachenanalyse für diese wenig ermutigenden Tatsachen heranwagen. Wenn dies doch geschieht, dann zaghaft oder mit verengtem Blickwinkel. In Rio – so schien es – war ein Konsens zwischen den Regierungen in Nord und Süd erzielt worden. Die wichtigsten Dokumente der Rio-Konferenz – die Agenda 21 und die Rio-Erklärung, wenn gleich völkerrechtlich nicht verbindlich, hielten fest, daß

- das nördliche Wohlstandsmodell aus ökologischen Gründen – Grenzen der Ressourcen und Begrenztheit der Verschmutzung der Atmosphäre – nicht globalisierbar sei.
- Sie beschworen die prinzipielle globale Partnerschaft beim Schutz der globalen Ökosysteme.
- Der industrialisierte Norden hat die Hauptverantwortung für die globale ökologische Krise anerkannt, ökologische Abrüstung versprochen, um Entwicklungsspielräume für die Entwicklungsländer zu erhalten und Zusagen beim Finanz- und Technologietransfer für eine öko-soziale Entwicklung gemacht.
- Den Entwicklungsländern wurde das Recht auf Entwicklung zugestanden, und sie haben ihrerseits die gemeinsame, aber verschiedene ("common but differentiated responsibilities") Verantwortlichkeit anerkannt und sich zu grundlegenden Prinzipien der Umweltpolitik wie dem Vorsorge- und Verursacherprinzip verpflichtet. Doch nach zehn Jahren ist zu konstatieren: Der Norden fährt mit einer riesigen Glaubwürdigkeitslücke nach Johannesburg. Die ökologische Abrüstung kommt allenfalls im Schnecken tempo voran. Entlang der Prinzipien von Rio haben sich die Industrieländer im Kyoto-Protokoll zwar zu Treibhausgasreduktionen ab 2008 verpflichtet, bis dahin steigen die Treibhausgasemissionen in nahezu allen Industrieländern jedoch weiter an. Mit allen Schlupflöchern und Zugeständnissen liegt das Kyoto-Protokoll nicht nur weit unterhalb des klimapolitischen Notwendigen, auch der weltweit größte Pro-Kopf-Emittent, die USA, sind nicht einmal dabei, wenn es bis Johannesburg endlich die nötigen Ratifizierungen bekommt und in Kraft treten kann.

Rio plus 10 (I)

Das letzte Jahrzehnt war nicht einmal ein Jahrzehnt der "Effizienzrevolution". So sind trotz technischer Machbarkeit und dem Wissen um die riesigen Effizienzpotentiale, z.B. im Energiesektor, die weltweiten Investitionen in die Energieeffizienz und Energieeinsparung zurückgegangen. Die Ursachen dafür liegen u.a. in der Liberalisierung der Energiemärkte und den riesigen Subventionen für fossile und nukleare Energieträger (weltweit geschätzte 180 Mrd. Euro).

G77-Experten über Umwelt und Entwicklung

Im Bericht der Expertenkommission der G77 über die Bedeutung der Globalisierung für die Entwicklungsländer findet sich ein Abschnitt, der den derzeitigen Minimalkonsens des Südens in puncto Umwelt und Entwicklung prägnant zusammenfaßt. Der Wortlaut dieses Abschnitts ist hier, die Hauptteile des Reports sind in W&E Sonderdienst Nr. 4/2001 dokumentiert.

Die Gruppe bekräftigt, daß der Umweltschutz sowohl für die Welt wie auch für die Entwicklungsländer ein wichtiges Thema ist, da Krisen wie Raubbau an Ressourcen, Umweltverschmutzung, Klimaveränderungen oder Wasserknappheit für die Entwicklungsländer beträchtliche Auswirkungen und Folgen haben. Wie in Vorbereitung, Verlauf und Nachfolge von UNCED 1992 herausgearbeitet wurde, müssen Umweltfragen im Kontext nachhaltiger Entwicklung integraler Bestandteil von Entwicklung werden. In diesem Zusammenhang sollte an dem in der Erklärung von Rio verankerten Grundsatz der "gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung" festgehalten werden.

Der bevorstehende Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) im Jahr 2002 ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Auch angesichts der Verschlechterung der ökologischen Entwicklungstrends sollten die Entwicklungsländer an dem Arbeitskonzept festhalten, Lösungen von Umweltproblemen in Verbindung mit entwicklungspolitischen Zielen und Erfordernissen zu erarbeiten, und dies im Sinne des Prinzips der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung.

Es wird eine Stärkung der Umweltaktivitäten im UN-Apparat wie auch der umweltpolitischen Governance befürwortet, die etwa durch eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen multilateralen Umweltabkommen erreicht werden könnte. Um Umwelt und Entwicklung im Gleichgewicht zu halten, sollten die entwicklungspolitischen Aktivitäten und Kapazitäten des UN-Apparats ebenfalls entsprechend gestärkt werden, und die Rahmenbedingungen und Kapazitäten in der UNO – wie etwa die

Kommission für nachhaltige Entwicklung CSD) – in Bezug auf die Behandlung nachhaltiger Entwicklung gefördert werden.

Die Gruppe weiß, daß es Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren und deren Auswirkungen gibt. Was das Verhältnis von Handel und Umwelt angeht, so gibt es sowohl Befürchtungen, daß der Welt-handel zu Lasten der Umwelt geht wie auch, daß Umweltbestimmungen protektionistisch genutzt werden, um Produkte aus Entwicklungsländern zu diskriminieren. Internationaler Handel und Handelsliberalisierung können unter Umständen zur Schaffung nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster beitragen; um die Nachhaltigkeit von Entwicklung zu gewährleisten, ist es daher notwendig, bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Handelspolitik auf nationaler wie internationaler Ebene auch Umweltprobleme zu berücksichtigen. Andererseits sollten Entwicklungsländer und ihre Exportprodukte durch die Einbeziehung ökologischer Aspekte des Handels nicht bestraft werden. Besondere Beachtung sollten die Entwicklungsländer in der WTO dem Verhältnis von multilateralen Umweltabkommen und WTO-Vereinbarungen (zum Beispiel zwischen der Konvention über Biologische Vielfalt und dem TRIPS-Abkommen) schenken, wie auch den Auswirkungen des TRIPS-Abkommens auf die Umwelt und die menschliche Entwicklung (hierzu gehört auch das Recht von Bauern und lokalen Gemeinschaften auf ihr traditionelles Wissen, auf die Verwendung ihres Saatguts und sonstiger Ressourcen) und schließlich dem Problem im Inland verbotener Güter.

Die Entwicklungsländer brauchen Unterstützung, um ihre Kapazitäten zur Partizipation in den Verhandlungen der bestehenden multilateralen Umweltabkommen, etwa der Klimaschutz- und Biodiversitätskonvention, zu verbessern und so ihre Interessen schützen und vertreten zu können; dies gilt auch für zukünftige Verhandlungsprozesse. Unterstützung ist auch vonnöten, um diese Abkommen tatsächlich und nutzbringend umzusetzen.

Sie drücken die Energiepreise und verringern somit die Anreize für Investitionen in die Energieeffizienz und in erneuerbare Energien, insbesondere in Solarenergie. Der weltweite Anteil erneuerbarer Energien (ohne Wasserkraft) liegt gerade einmal bei knapp 2 Prozent. Dort, wo technische Neuerungen Effizienzgewinne bringen und den Ressourcenverbrauch senken können, werden sie, wie Wolfgang Sachs vom Wuppertal-Institut bemerkt, "in der Geschichte der Industriegesellschaft in schöner Beständigkeit in neue Expansionschancen umgewandelt". Für Sachs liegt darin die ökologische "Achillesferse der Globalisierung".

Gebrochene Versprechen gegenüber dem Süden

Zur Glaubwürdigkeitslücke gehört auch, daß die nördlichen Industrieländer ihrem Versprechen, mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, in keiner Weise nachgekommen sind. Erinnern wir uns: Auf dem Erdgipfel in Rio wurde die Bereitstellung

neuer und zusätzlicher Finanzmittel als eine Kernbedingung für den Erfolg der Beschlüsse von Rio de Janeiro angesehen. Damals wurde geschätzt, daß allein zur Umsetzung der Agenda 21 in den Entwicklungsländern zwischen 1993 und 2000 600 Mrd. US-Dollar erforderlich wären; die jährlich notwendigen finanziellen Transfers aus den Industrieländern in den Süden wurden auf 125 Mrd. US-Dollar veranschlagt. Die Entwicklung in den 90er Jahren ist vor diesem Hintergrund niederschmetternd. Die Mittel für internationale Entwicklungszusammenarbeit stagnierten zunächst auf niedrigem Niveau und haben nun mit 0,22 Prozent des Brutto-sozialprodukts der OECD-Länder einen historischen Tiefstand erreicht.

Ein wichtiger Testlauf für die Glaubwürdigkeit der Industrieländer, nachhaltige Entwicklungsprozesse mit zu finanzieren, werden die Verhandlungen über die künftige Finanzausstattung der Globalen Umweltfazilität (GEF) sein. Die Verhandlungen zur Wiederauffüllung haben begonnen und sollen ebenfalls 2002 abgeschlossen werden. Dieser

Fonds existiert seit Anfang der 90er Jahre, als sich die Entwicklungsländer im Zusammenhang der internationalen Umweltverhandlungen (Klima- und Biodiversitätsschutz, Wälder) mit ihrer Forderung nach zusätzlichen Finanzmitteln für den globalen Umweltschutz durchsetzen konnten. Bislang finanziert die GEF Projekte in den vier Kernbereichen Klimaschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt, Schutz der Ozonschicht und der internationalen Gewässer. 1992 wurde sie als Finanzierungsmechanismus für die Klimarahmenkonvention und für die Konvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt anerkannt.

Die Entwicklungsländer sind aus zwei Gründen über die Entwicklung der GEF enttäuscht: Zum einen sind die Mittel der GEF in den vergangenen zehn Jahren äußerst bescheiden geblieben sind. Nach einer erneuten Aufstockung der Finanzmittel nach einer ersten Arbeitsphase zwischen 1994 und 1997 stehen der GEF von 1998 bis 2002 gerade einmal 2,75 Mrd. US-Dollar zur Verfügung. Gleichzeitig werden dem Umweltfonds dauernd neue Aufgaben zugewiesen. Seit kurzem ist die GEF auch das Finanzierungsinstrument der sog. Chemikalien-Konvention (*Persistent Organic Pollutant* – POP), die sich mit dem Verbot bzw. dem Emissionsrückgang der zwölf schmutzigsten und gefährlichsten Chemikalien beschäftigt. Das Umrüsten auf weniger gefährliche Stoffe wird nicht kostenneutral sein. Die Entwicklungsländer reklamieren zu Recht finanzielle und technische Hilfe dafür. Diese Mittel müssen ebenfalls durch die GEF bereitgestellt werden.

Besonders die afrikanischen Staaten sind erobert darüber, daß eine weitere besonders von ihnen initiierte internationale Konvention, die Wüstenkonvention, die vor allem die lokalen Umweltprobleme (Bodendegradation, Wassermangel etc.) in Angriff nehmen soll, überhaupt keine Finanzmittel aus der GEF erhält.

Die Arbeitsfelder der GEF – so der Vorwurf einiger Vertreter der Dritten Welt – reflektierten mehr die Eigeninteressen der nördlichen Geber im globalen Umweltschutz als die lokalen Notwendigkeiten in den Entwicklungsländern. Eine Öffnung der GEF für die Wüstenkonvention ist nun ebenfalls für 2002 in Aussicht gestellt. Ohne zusätzliche Finanzmittel für die GEF im Rahmen der Wiederauffüllungsverhandlungen wird aber auch diese Ausweitung der Aufgaben zu Lasten anderer globaler Umweltgüter gehen.

Konfliktfeld Sustainable Development

Wie schon bei den Umweltkonferenzen in Stockholm 1972 und Rio 1992 zeichnet sich auch vor Johannesburg ab, daß die Entwicklungsländer erneut argumentieren werden, Sustainable Development sei ein Konzept, mit dem die Industrieländer ihre Entwicklungsmöglichkeiten beschneiden und ihnen gleichzeitig die notwendigen Finanzmittel vorenthalten wollen, die der Süden für seinen Beitrag Entwicklungsländer

zum globalen Umweltschutz braucht. Die Kritik an der völlig unzureichenden Umsteuerung im Norden und der mangelnden Finanzierung ist mehr als berechtigt. Dennoch ist das stetige Ritual, mit dem die Forderung nach kostengünstigem Technologietransfer und höheren Finanzmitteln vorgebracht werden, im Rahmen der UN-Gipfel nicht wegweisend. Es kann nicht davon ablenken, daß auch die Entwicklungsländer ihren Anteil am Scheitern von Rio haben. Auf die ökologischen Gefährdungen hat die internationale Staatenwelt insbesondere nach Rio mit einer Vielzahl internationaler Verhandlungen reagiert. Sie werden jedoch äußerst selektiv und entlang verschiedenster Macht- und Interessensbündnisse bearbeitet. Mit der Klima- und Biodiversitätskonvention (und weiteren weniger "durchverhandelten" Problemen wie Wasserkrise, Waldverlust und Bodendegradation) haben wir es längst mit Verhandlungen zu tun, die in ihrer wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Dimension mit anderen sektorspezifischen Umweltabkommen (Naturschutz, Luftreinhaltung) nicht mehr zu vergleichen sind. In der internationalen Klima- und Biopolitik geht es um internationale Wettbewerbs- und Standortvorteile, um Investitionen und Geschäfte in Milliardenhöhe. Erfolg oder Mißerfolg, Stagnation oder Fortschritt in internationalen Verhandlungsprozessen oszillieren um mächtige innergesellschaftliche und internationale Verteilungskonflikte und Machtverhältnisse. Globale Player wie internationale Energie-, Wasser-, Chemie- und Saatgutmultis dominieren das Verhandlungsgeschehen. Interessenskonflikte verlaufen jedoch zwischen und innerhalb der Entwicklungsländer. In der Ökologiefrage wird die starke Differenzierung der Entwicklungsländer und erst Recht der politischen Verhandlungsgruppe der G 77 (vom Tschad bis Singapur) überdeutlich. Die Interessenlagen zwischen den vom Klimawandel unmittelbar betroffenen Inselstaaten und den aufstrebenden Volkswirtschaften, den *emerging economies* – von den OPEC-Ländern und ihrer Obstruktionspolitik bei den Klimaverhandlungen ganz zu schweigen – könnten nicht verschiedener sein. Die Regierungen der Entwicklungsländer verhandeln in den Umweltzusammenhängen in der Regel genauso wie ihre nördlichen Counterparts um die Wettbewerbsvorteile ihrer modernen (weltmarktfähigen) Sektoren. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Armen (gleiche Zugangsrechte zu Ressourcen, Recht auf sauberes Trinkwasser etc.) steht dabei nicht auf der Tagesordnung. Das indische *Centre for Science and Development* (CSE), das seit Jahren die internationalen Verhandlungen im Rio-Folgeprozeß beobachtet, stellt denn auch fest, daß die Verknüpfung zwischen den Problemen der lokalen Ebene und den globalen Interessen kaum noch gelingt. Sie werfen südlichen Regierungen darüber hinaus mangelnde Führungskraft ("Leadership") vor, weil sie keinerlei Vision präsentiert haben, wie denn die Probleme gelöst werden kön-

nen. Am Verhandlungstisch haben Entwicklungsländer zum Beispiel keinerlei Vorschläge für eine alternative Energiepolitik unterbreitet. Statt dessen spielen sie "die Melodie des Wettbewerbs um knappe Emissionsrechte" mit (Sachs) und unterstützten dabei auch noch Verhandlungsstrategie der Bush-Administration.

Zwar unterliegen auch die Umweltverhandlungen der traditionellen Machtasymmetrie zwischen Nord und Süd und zweifellos sind die Entwicklungsländer mit den schwächeren (auch diplomatischen) Verhandlungsressourcen ausgestattet. Die zehnjährige Bilanz nach Rio kommt jedoch nicht darum herum einzugestehen, daß die kooperative Bearbeitung grenzüberschreitender ökologischer Probleme bis heute ein Wunschbild geblieben ist. Das viel zitierte und in den umweltpolitischen Diskursen hochgehaltene Leitbild der "nachhaltigen Entwicklung" ist eben kein wirklich konsensuales Leitbild, das die verschiedensten Akteure gemeinsam erreichen wollen; Nachhaltigkeit bezeichnet "eher ein Konflikterrain als ein klar definiertes Steuerungsziel", wie die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Christoph Görg hervorheben.

Die Herausforderung, den Grundkonflikt zwischen der ökologischen Begrenzung der Erde einerseits und der Dynamik wirtschaftlicher Globalisierung andererseits, so zu bearbeiten, daß sowohl soziale und ökologische Gerechtigkeit als auch ein anderer Umgang mit begrenzten Ressourcen Ziel politischen und wirtschaftlichen Handelns werden, ist faktisch weder von den Eliten im Norden noch von denen im Süden anerkannt worden. Die gleichen Regierungen in Nord und Süd, die in Rio wortreich die Nicht-Globalisierbarkeit des nördlichen Entwicklungsmodells beschworen, lösten schon drei Jahre später mit den WTO-Verträgen einen neuen Liberalisierungsschub aus. Die 90er Jahre werden jedenfalls nicht als Jahrzehnt der "Nachhaltigkeit", sondern als Jahrzehnt der neoliberalen Globalisierung in die Geschichte eingehen.

Aussichten für Johannesburg

Die größte Chance des Johannesburger Gipfels liegt darin, das Wechselverhältnis zwischen Natur- und Ressourcenaneignung einerseits und gesellschaftlichen Transformationsprozessen, wie sie durch die ökonomische Globalisierung erfolgen, zu diskutieren. Diese Herausforderung sollte vor allem die internationale globalisierungskritische Bewegung aufgreifen, die auf diesem Auge bislang auffällig blind ist und den oben benannten Grundkonflikt zwischen ökologischer Grenzziehung und ökonomischer Entgrenzung bislang nicht bearbeitet.

Nach den Terroranschlägen in Washington und New York könnte es sein, daß Armutsbekämpfung die Rhetorik des Gipfels prägen wird. Für das Dauerthema Finanztransfer heiße das, daß neue Finanzmittel bewilligt oder zumindest in Aussicht gestellt werden. Auf EU-Ebene jedenfalls ist eine

größere Bereitschaft zu erkennen, für die beiden UN-Gipfel im nächsten Jahr wenigstens eine konkreten Zeitplan für die stufenweise Umsetzung des alten 0,7-Prozentziels vorzulegen (s. auch nachfolgenden Beitrag). Auch die GEF dürfte mit einer leichten Aufstockung der Finanzmittel für die nächsten drei Jahre rechnen.

So wichtig dieses sich abzeichnende Signal für die Verhandlungen in Johannesburg ist, grundsätzlichere Überlegungen zur Gestaltung der künftigen Umweltfinanzierung könnten dabei auf der Strecke bleiben. Immerhin gibt es erste Ansätze, ökologische Lenkung und die Aufbringung neuer Finanzen etwa durch Gebühren für gefährlichen Gütertransport zur See oder auch CO₂-Steuern miteinander zu verknüpfen.

Darüber hinaus sind in Johannesburg einige Absichtserklärungen in Richtung vermehrter Ressourcenschonung (Wasser) und Energieeffizienz zu erwarten. Der Konkretionsgrad hierzu ist jedoch neun Monate vor Johannesburg äußerst dürftig, und sie machen ohne Einbettung in die Kreditvergabepolitik der internationalen Finanzinstitutionen und die WTO-Verhandlungen auch wenig Sinn. Die positiven Ansätze jeder Effizienz- und Ressourcenschonungspolitik sind leicht zu konterkarieren, wenn dort die Weichen durch verfehlte Liberalisierungs- und Privatisierungspolitiken in eine andere Richtung gestellt werden.

Bei der mangelnden Bereitschaft zur Ursachenanalyse ist es nicht verwunderlich, daß das erfolgreichste "Projekt" von Johannesburg aller Voraussicht nach Beschlüsse zu institutionellen Reformen im Umweltbereich der UNO sein könnten. Zwar wird es nicht sofort, wie von manchen, so dem Wissenschaftlichen Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU), befürwortet, eine neue Weltumweltorganisation geben. Eine Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) dürfte jedoch Konsens zwischen Industrie- und Entwicklungsländern werden.

Auch hier gilt: Gegen eine bessere Finanzausstattung und mehr Kompetenzen bei der Koordination zwischen internationalen Umweltabkommen einerseits und zwischen dem UN-System und den Bretton-Woods-Institutionen, der WTO und der OECD andererseits ist nichts einzuwenden. Es zeichnet sich jedoch ab, daß eine unheilige Allianz zwischen Nord und Süd kein wirkliches Interesse an einer tiefergehenden Diskussion über die Herausforderungen und Probleme im internationalen Umweltsystem hat. Eine administrative Neuordnung wird weder die strukturellen Probleme des UN-Systems (Konsensprinzip, mangelnde Um- und Durchsetzung, fehlende Koordination) noch die politischen und wirtschaftlichen Interessenkonflikte überwinden helfen.

Barbara Unmüßig □

Barbara Unmüßig ist Vorsitzende von WEED und Sprecherin des Leitungskreises beim Forum Umwelt & Entwicklung.

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union

Von der Europäischen Kommission ohne Aufsehen vorbereitet, von den Medien ignoriert und von der Öffentlichkeit unbemerkt hat der Europäische Rat von Göteborg Mitte Juni 2001 ein höchst brisantes Papier verabschiedet: Die Strategie der Europäischen Union für Nachhaltige Entwicklung. In den Schlußfolgerungen des Rates ist es nicht mehr als eine Randbemerkung. Daß Kommissionspräsident Prodi das Papier, das vom Europäischen Rat in Helsinki in Auftrag gegeben worden war, mit großer Emphase einführt, deutet wohl darauf hin, daß zumindest die Kommission ihm mehr als nur deklamatorische Bedeutung zumißt.

Von der Öffentlichkeit unbemerkt

Das ist auch aus der Entstehungsgeschichte des Papiers zu vermuten. Urheber ist die "Gruppe Prodi", mit vollem Namen die Gruppe für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung, der engste Beraterkreis des Kommissionspräsidenten (unter Jacques Delors war dies die inzwischen aufgelöste *Célulle de prospective*). In der Berichterstattung ist es, überschattet durch das irische Referendum und die dadurch wieder aufgeworfenen Beitrittsfragen, fast vollkommen untergegangen. Allerdings hat auch die Kommission, ganz entgegen dem Geist der nachhaltigen Entwicklung und der Agenda 21, die Vorbereitung weitgehend im Geheimen betrieben. Es gab bereits im März 2001 ein 50seitiges "Konsultationspapier", das auf der Homepage der EU veröffentlicht und zu dem Stellungnahmen erbeten wurden; aber nur wer diese Homepage regelmäßig konsultierte, konnte darauf überhaupt aufmerksam werden. Bis Ende April wurden Eingaben entgegengenommen – wie viele Reaktionen es gab und von wem ist nicht erfahrbar. Die Frist für die Auswertung war mit einem Monat denkbar knapp. Die breite Aufmerksamkeit, die der Vorgang verdient gehabt hätte, hat er vor diesem Hintergrund nicht bekommen. Was übrigens der Qualität des Papiers keinerlei Abbruch tut: War schon das Konsultationspapier von einem sehr ernsthaften und tiefgreifenden Verständnis des *sustainable development* und seiner Konsequenzen für die Europäische Union geprägt, so hat sich dieser Eindruck mit dem seit Göteborg vorliegenden Beschlußpapier noch verstärkt, und die Bemerkungen dazu in den Schlußfolgerungen der Präsidentschaft machen da keine Abstriche.

Eine Analyse des Papiers muß mindestens vier Elemente berücksichtigen:

● Als einer der großen Ressourcenverzehrer der Erde muß sich die Union zu einer ent-

schiedenen Reduktionsverpflichtung bekennen.

● Um dieses möglich zu machen, müssen nicht nur die Ressortpolitiken der EU auf das Ziel der Nachhaltigkeit hin koordiniert und integriert werden, es sind auch Monitoringinstrumente und Fristen festzulegen.

● Da die reichen Länder insbesondere die Regeln und Institutionen der internationalen Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik nutzen, um sich die natürlichen Ressourcen des Südens anzueignen, wären die Positionen der EU in den betreffenden Institutionen G8, Weltbank, IWF, WTO zu revidieren.

● Schließlich muß die EU auch deutlich machen, wie sie es mit der Nachhaltigkeitsproblematik in ihren bilateralen Beziehungen, also vor allem mit den osteuropäischen Beitrittskandidaten und mit den Lomé-Ländern, halten will.

„Insoweit besteht das Papier die Prüfung. Mehr noch: Was dort steht, ist unerwartet fortschrittlich und allem weit voraus, was beispielsweise in Deutschland offiziell an nationalen Nachhaltigkeitstrategien diskutiert wird.“

Politische Kohärenz

Zum Thema "Schonung natürlicher Ressourcen" nennt das Strategiepapier sechs Handlungsfelder:

● die Emission von Treibhausgasen reduzieren und damit den Klimawandel bremsen;

● die Gesundheit schützen und die Lebensmittelsicherheit erhöhen, die durch antibiotikaresistente Krankheitserreger, durch Chemikalien bedroht werden;

● die Armut reduzieren;

● die Überalterung der Bevölkerung bewältigen,

● den Rückgang der biologischen Vielfalt bremsen, das Abfallvolumen reduzieren und den Verlust fruchtbarer Böden beschränken;

● die Verkehrsüberlastung vor allem in den Ballungsräumen reduzieren und regionale Ungleichgewichte abbauen.

Zur Bewältigung dieser Gefahren "sind daher Sofortmaßnahmen, engagierte politische Führungspersönlichkeiten mit Weitblick, ein neuer Ansatz für politische Entscheidungen, umfassende Beteiligung und internationale Verantwortung erforderlich" (Kommission 2001: 4f.) – wie wahr.

Es wird im Papier ausdrücklich festgestellt, daß es der Union bisher nicht gelungen ist, das weite Spektrum verfolgter Politiken im Hinblick auf ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit zu koordinieren: "Allzu häufig behindern Maßnahmen in einem Politikbereich die Fortschritte in einem anderen, wobei die Lösungen für bestimmte Probleme häufig in den Händen von politischen Entscheidungsträgern aus sachgebietsfremden Bereichen oder anderen Regierungsebenen liegen. Dies ist einer der Hauptgründe für zahlreiche nicht-nachhaltige Trends. Darüber hinaus mangelt es an einer kohärenten langfristigen Perspektive." (5)

Die EU als Vorreiter?

"Die Kommission ist der Auffassung, dass allen voran die entwickelten Länder die nachhaltige Entwicklung verfolgen müssen, und fordert die anderen Länder auf, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen. Als ersten Schritt hin zu einer globalen Nachhaltigkeit und zur Übernahme einer Vorreiterrolle auf internationaler Ebene sollten nach Ansicht der Kommission zunächst einmal innerhalb der Union die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Da Produktion und Verbrauch in der EU auch außerhalb unserer Grenzen Auswirkungen zeigen, müssen wir sicherstellen, daß alle unsere Politiken dazu beitragen, weltweit die Chancen einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern." (6)

Soweit bleibt das zwar richtig in der Analyse und nötig, aber doch mehrheitlich allgemein und kaum operationalisierbar. Aber das Strategiepapier geht erheblich weiter. Zur Durchsetzung der Strategie nachhaltiger Entwicklung schlägt es drei Wege vor:

Erstens soll ein Paket von allgemeinen Vorschlägen und Empfehlungen die "Wirksamkeit der Politik verbessern. Es soll sicher gestellt werden, daß die verschiedenen Politiken sich gegenseitig stärken, statt entgegengesetzte Ziele zu verfolgen." Dazu nennt das Strategiepapier folgende Punkte: a) "Die nachhaltige Entwicklung sollte zum erklärten Hauptziel in allen Bereichen und allen politischen Entscheidungen werden". Folglich muß festgestellt werden, welche positiven oder negativen Auswirkungen ein Politikvorschlag auf alle anderen Politikbereiche und welche wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Konsequenzen seine Verwirklichung innerhalb und außerhalb der EU haben kann. Dafür seien in allen Politikbereichen bessere Informationen nötig. Im Zweifel müsse das Vorsorgeprinzip gelten. Als Politikfelder werden ausdrücklich genannt: Gemeinsame Agrar-, Fischerei- und Verkehrspolitik, Kohäsionspolitik.

"Die Kommission wird dem Europäischen Rat in Laeken im Dezember 2001 einen Aktionsplan zur Verbesserung der Rechtsetzung vorlegen. In diesem Aktionsplan werden u.a. Mechanismen vorgeschlagen, die sicher stellen sollen, daß alle wichtigen Legislativvorschläge eine Bewertung der potentiellen wirtschaftlichen, umweltpoliti-

schen und sozialen Kosten bzw. des Nutzens der Maßnahmen bzw. der Unterlassung der Maßnahmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU beinhalten. Der Rat und das Parlament sollen die Legislativvorschläge nach dem selben Prinzip ändern." (7)

b) Korrekte Preisgestaltung als Signale für Privatpersonen und Unternehmen, insbesondere Einbezug der Umweltkosten und des Abbaus von Subventionen, die die verschwenderische Nutzung natürlicher Ressourcen fördern. "Die Kommission wird in ihrer Politik und den Legislativvorschlägen immer dann dem marktorientierten Ansatz, der preisliche Anreize bietet, den Vorzug geben, wenn Aussicht dafür besteht, daß die sozialen und umweltpolitischen Ziele mit diesem Ansatz auf flexible und kosteneffiziente Weise erreicht werden können."

c) Zukunftsinvestitionen in Wissenschaft und Technologie insbesondere da, wo damit weniger natürliche Ressourcen verbraucht, die Verschmutzung verringert und die Risiken für Gesundheit und Sicherheit reduziert werden können. Dazu soll auch das öffentliche Beschaffungswesen eingesetzt werden. "Die Gemeinschaft soll zur Schaffung einer Europäischen Kapazität für die Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES) bis zum Jahr 2008 beitragen." (9).
d) Verbesserte Kommunikation und Mobilisierung der Bürger und Unternehmen. Der Politikverdrossenheit soll durch offenere Entscheidungsprozesse und systematische Dialoge zu einem frühen Zeitpunkt insbesondere mit Verbrauchern entgegengewirkt werden. Es muß das individuelle und das gemeinsame Verantwortungsgefühl gestärkt und dadurch auf Änderungen des Verhaltens hingewirkt werden (u.a. durch die Lokale Agenda 21). Das wird im Weißbuch der Kommission über verantwortungsvolle politische Führung (*good governance*, erschienen im Juli 2001) weiter ausgeführt. Auch die Unternehmen sollen zu einer verstärkten sozialen und umweltpolitischen Verantwortung ermutigt werden (Aktiengesellschaften sollen in Zukunft eine "dreifache Bilanz" – nach wirtschaftlichen, umwelttechnischen und sozialen Kriterien – vorlegen). Die Mitgliedstaaten sollen Vorschläge darüber vorlegen, wie ihr Bildungssystem zu einem besseren Verständnis der nachhaltigen Entwicklung beitragen kann.

e) Berücksichtigung der Erweiterung und der globalen Dimension: Die Beitrittskandidaten sollen sich aktiv an der Umsetzung dieser Strategie beteiligen. Es ist sicher zu stellen, daß alle Maßnahmen, die getroffen werden, um Europa auf den Weg der Nachhaltigkeit zu bringen, auch zur nachhaltigen Entwicklung im Rest der Welt beitragen. "Um einen effizienten Beitrag zur Verwirklichung einer weltweit nachhaltigen Entwicklung zu leisten, müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten effizient mit den anderen Ländern und den internationalen Institutionen zusammenarbeiten, unter anderem mit der OECD, der WTO, der ILO, dem IWF, der Weltbank und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Auf die Rolle,

die die EU bei der Realisierung der nachhaltigen Entwicklung in diesem allgemeinen Zusammenhang spielt, werden wir umfassend bei unseren Vorbereitungen zum Gipfel Rio plus 10 in Südafrika im Jahr 2002 eingehen." Dort soll auch der Frage nachgegangen werden, wie zusätzliche finanzielle Mittel für die Entwicklungshilfe, insbesondere zur Verringerung der Armut, bereitgestellt werden können.

Nachhaltigkeit und Monitoring in Europa

Zweitens soll ein Paket von wichtigen Zielen und spezifischen Maßnahmen auf EU-Ebene formuliert werden, um die größten Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung in Europa anzugehen. Genannt werden hier – neben der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung sowie dem Umgang mit den wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer Überalterung der Gesellschaft, die bereits in Lissabon, Nizza und Stockholm mit Zielen und Massnahmen behandelt worden waren:

„Der Widerspruch ist unmittelbar sichtbar: Der 'wettbewerbsfähigste' Wirtschaftsraum will sich am Wachstum, zwangsläufig also auch am höheren Verzehr natürlicher Ressourcen, beweisen und dabei gleichzeitig die Umwelt schonen.“

- a) Begrenzung des Klimawandels und gesteigerte Nutzung sauberer Energien;
- b) Umgang mit Gefahren für die öffentliche Gesundheit;
- c) verantwortungsbewußter Umgang mit natürlichen Ressourcen;
- d) Verbesserung des Verkehrssystems und der Flächennutzung.

Zu jedem dieser Politikbereiche werden Ziele und Maßnahmen mit Zeithorizonten vorgesehen, so daß es möglich ist, die Einhaltung dieser Vorhaben zu überprüfen.

Drittens sind Mechanismen einzuführen zur Überprüfung der Durchführung und der durch die Strategie erzielten Fortschritte (6):

- a) Die Kommission wird dem Rat jeweils an dessen Frühjahrstagung über Fortschritte bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung berichten.
- b) Sie wird dazu einige wenige wichtige Leitindikatoren vorschlagen.
- c) Die sektorspezifischen Strategien zur Einbeziehung der Umwelt sollen mit den spezifischen Zielen der EU-Strategie für die nachhaltige Entwicklung im Einklang stehen.
- d) Die Kommission will ihre Arbeitsmethoden überprüfen, um Inkonsistenzen in Zukunft zu vermeiden; sie wird einen Runden Tisch für nachhaltige Entwicklung einrichten, der

sie dabei unterstützen soll. Das Europäische Parlament könnte einen Ausschuß für nachhaltige Entwicklung einsetzen.

e) Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung wird jeweils zu Beginn einer neuen Amtszeit der Kommission umfassend überarbeitet.

f) Alle zwei Jahre will die Kommission ein Forum für alle Beteiligten organisieren, an dem in Kooperation mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuß die Strategie bewertet werden soll.

Insoweit besteht das Papier die Prüfung. Mehr noch: Was dort steht, ist unerwartet fortschrittlich und allem weit voraus, was beispielsweise in Deutschland offiziell an nationalen Nachhaltigkeitstrategien diskutiert wird. Aber es wäre überraschend, fänden sich darin nicht auch Formulierungen, deren Interpretation in der wissenschaftlichen wie in der politischen Diskussion kontrovers ist.

Glanzstück für Johannesburg?

Es ist nicht leicht, den wirklichen Stellenwert des Papiers zu beurteilen: Handelt es sich um mehr als einen deklamatorischen Schritt, der an der im September 2002 bevorstehenden Rio-plus-10-Generalversammlung in Johannesburg Eindruck machen soll, sonst aber wenig zu bedeuten hat? Schließlich haben wir damit inzwischen reiche Erfahrung: alle Weltkonferenzen der letzten Jahre haben ein vollmundig formuliertes Aktionsprogramm verabschiedet, dem vergleichsweise wenige Taten gefolgt sind. Zwei Prüfsteine scheinen mir geeignet, um herauszufinden, was gemeint ist: (1) das Verhältnis zur "Lissabon-Strategie" auf der einen, (2) das Verhältnis zu den USA und der von ihrer Regierung angeführten "Umbrella Group" in den Klima-Verhandlungen auf der anderen Seite:

● **Wettbewerbspolitik:** In Lissabon hatte der Rat das neue strategische Ziel definiert, die Union "zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen". Zu Beginn der schwedischen Präsidentschaft wurde gefordert, diese Strategie um den Aspekt Umwelt zu ergänzen – dies war, verkürzt, das Nachhaltigkeitsverständnis der Entschließung von Stockholm. Der inhärente Widerspruch ist unmittelbar sichtbar: Der "wettbewerbsfähigste" Wirtschaftsraum will sich am Wachstum, zwangsläufig also auch am höheren Verzehr natürlicher Ressourcen und dem Entstehen entsprechender Abstoffe, beweisen, und dabei gleichzeitig die Umwelt schonen.

Bekanntlich mußten, wie schon der Brundtland-Bericht 1987 festgestellt hat, die wohlhabenden Länder der Erde ihren Verbrauch natürlicher Ressourcen um einen Faktor 10 reduzieren, wenn sie zur globalen Nachhaltigkeit beitragen wollen. Der Spagat kann nur mühsam gelingen: "Die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung sollte in den

nächsten Jahren als Katalysator für politischen Entscheidungsträger und die öffentliche Meinung dienen und zur treibenden Kraft für institutionelle Reformen und ein verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbrauchern werden." (3) Bleibt also abzuwarten, ob der pathetischen Rhetorik auch entsprechend entschlossene Taten folgen.

● **Klimapolitik:** In der Klimapolitik haben die Europäer eine vergleichsweise progressive Haltung eingenommen (auch wenn es heftigen Streit gab wegen der Aufteilung der gemeinsamen Reduktionsquote auf die Mitgliedsländer) – vielleicht eine bequeme Haltung, konnten sie sich doch hinter dem breiten Rücken der ablehnenden "Umbrella Group" (USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland) verstecken. Selbst wenn man das Kyoto-Protokoll nicht für einen wirklichen Fortschritt in der Klimapolitik und die Einigung in Bonn im Sommer 2001 nicht für einen Sieg der umweltpolitischen Vernunft hält, mag man es als Vereinbarung eines Mindeststandards sehen, der schrittweise und bald verbessert werden muß.

Aber es geht ja nicht nur um die Höhe der vereinbarten Reduktionsziele; die Anrechnung von Senken und von Leistungen in anderen Ländern – Stichworte "Joint Implementation" (JI) und "Clean Development Mechanism" (CDM) – wird zusammen mit dem Emissionshandel und den Überwachungsmechanismen und Sanktionen zu einem gewaltigen bürokratischen Aufwand führen. Die amerikanischen Verhandlungsdelegationen haben erfolgreich dahin gewirkt, das Protokoll insgesamt nutzlos zu machen. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß insbesondere die Haltung der Amerikaner und ihrer Verbündeten ihm eine hohe symbolische Bedeutung zugewiesen hat, so daß auch die NGOs schließlich keinen anderen Weg mehr sahen als ihm zuzustimmen.

Wichtig ist also weniger, was am Ende in Bonn verabschiedet worden ist, sondern auf welche Weise vor allem die Industrieländer mit dem Problem praktisch umgehen. Am Bonner Klimagipfel haben Jacques Chirac, Gerhard Schröder und Tony Blair persönlich versucht, Präsident Bush von seiner unnachgiebigen Haltung zum Kyoto-Protokoll abzubringen. Sowohl bei der Frage nach der Anrechenbarkeit von Senken als auch bei JI und dem CDM haben die Europäer eine Position vertreten, nach der mindestens 50 Prozent der Treibhausgasreduktionen im eigenen Land durch positive politische Maßnahmen erbracht werden sollen. Wie schon an der 6. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Den Haag haben sie sich vehement für die Verabschiedung eingesetzt. 2000 ist das Europäische Programm zur Klimaänderung (ECCP) verabschiedet worden (KOM(2000)88). Im Sechsten Umweltaktionsprogramm wird betont, daß die Kyoto-Verpflichtungen nur ein Anfang sind, daß weit darüber hinaus gehende Anstrengungen

nötig sind. Diese Linie führt das Strategiepapier fort, indem es versichert, die EU werde nicht nur den Kyoto-Verpflichtungen nachkommen, sondern darüber hinaus anstreben, die Treibhausgasemissionen um jährlich ein weiteres Prozent zu reduzieren.

Öffentlichkeit entscheidend

Daraus entsteht der Eindruck, die Kommission (oder doch zumindest eine starke Fraktion in ihr, mit dem Kommissionspräsidenten an der Spitze) sei durchaus willens, die in dem Strategiepapier vorgesehenen Maßnahmen zu implementieren, zumal es ja ausdrücklich Mechanismen der Überprüfung und des Monitoring vorsieht.

Dagegen spricht vor allem die Verschwiegenheit der Vorbereitung, unterstützt durch die beinahe heimliche Verabschiedung. Dies wird unterstützt durch Beobachtungen in "Tätigkeitsbericht und Selbstbewertung 1997-2001", den das *European Consultative Forum on the Environment and Sustainable Development* (Nachfolge des 1993 eingesetzten Allgemeinen Beratenden Forums für Umweltfragen) im Mai vorgelegt hat. Das Forum war im Februar 1997 durch Beschluß der Kommission (97/150/EG, ersetzt 93/701/EG) mit 32 Mitgliedern aus allen Mitgliedsländern eingerichtet worden. "Das Forum kann von der Kommission zu allen Problemen im Zusammenhang mit der Umwelt und dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung in der Gemeinschaft oder in ganz Europa gehört werden" (Art. 2 Abs. 1 des Einsetzungsbeschlusses); Abs. 2 erweitert das Mandat dahingehend, daß ein Mitglied des Präsidiums des Forums die Kommission darauf aufmerksam machen kann, daß das Forum in einer Angelegenheit in ihrem Zuständigkeitsbereich gehört werden sollte, selbst wenn es nicht um eine Stellungnahme ersucht worden ist. Freilich: Der Bericht erwähnt mehrmals, daß die Kommission das Potential des Forums nicht ausgeschöpft, es nur selten formal angehört habe. Für zurücktretende Mitglieder wurden keine Nachfolger ernannt. Zu den Stellungnahmen, die es abgegeben hat, gehört auch eine zur "Gemeinschaftsstrategie für eine nachhaltige Entwicklung als Testfall für verantwortungsvolles Regieren" (2000). Dazu schreibt der Bericht: "Als auf die Nachhaltigkeit ausgerichtete Strategie schlägt das Forum eine schrittweise Vertiefung der Ein-

beziehung der Umweltbelange in die anderen Politikbereiche auf der Ebene der Mitgliedsstaaten und einen parallel dazu verlaufenden Prozeß auf EU-Ebene vor. Das Forum empfiehlt die Einsetzung eines unabhängigen Kontrollgremiums auf nationaler Ebene (Ombudsmänner für Nachhaltigkeit), die auf EU-Ebene den 'Rat für Nachhaltigkeit' bilden würden."

Die offensichtliche Parallelität der Arbeiten der Prodi-Gruppe und des Forums läßt den Verdacht aufkommen, als sei das Forum bewusst zu relativer Bedeutungslosigkeit verurteilt worden. Sein Mandat wurde denn auch nicht verlängert. Das spricht aber nicht für die Vermutung, deshalb sei auch die Strategie der nachhaltigen Entwicklung lediglich ein Papiertiger, im Gegenteil: Daß sie so hoch aufgehängt wurde, läßt eher ernsthafte Absichten vermuten.

Bis dahin bleibt dies ein Stück weit Spekulation. Man wird genau beobachten müssen, was unternommen wird, um die verabschiedeten Maßnahmen zu implementieren, was die Lobbyisten in diesem Zusammenhang unternehmen und was im mühsamen Prozeß der Kommissionitis daraus wird. Aber es gilt auch, daß wir, daß insbesondere das Europäische Parlament, aber auch die NGOs nicht nachlassen sollten, die Gremien der EU immer wieder an die selbst eingegangenen Verpflichtungen zu erinnern und ihre Umsetzung einzufordern. Europa findet keineswegs mehr nur in Brüssel statt – wir sind dabei, es auch in eigene Hände zu nehmen. Dazu aber braucht das Papier mehr Öffentlichkeit.

Bernd Hamm □

Prof. Bernd Hamm ist Leiter des Zentrums für europäische Studien an der Universität Trier (Kontakt: Uni Trier, D-54286 Trier, e-mail: Hamm@uni-trier.de)

Literatur:

* European Consultative Forum on the Environment and Sustainable Development: *Tätigkeitsbericht und Selbstbewertung 1997-2001*, im Internet unter www.europa.eu.int/comm/environment/forum

* Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2000: *Europäisches Programm zur Klimaänderung* (KOM(2000)88)

* Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2001a: *Konsultationspapier zur Ausarbeitung einer Strategie der Europäischen Union für nachhaltige Entwicklung* (SEK(2001)517)

* Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2001b: *Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt. Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung, Vorschlag der Kommission für den Europäischen Rat in Göteborg*, Mitteilung der Kommission (KOM(2001) 264 endgültig)

* Brundtland-Kommission, 1987: *Unsere gemeinsame Zukunft*. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven

W&E-Gebühren in Euro

Mit der Einführung des Euro ab 1. Januar 2002 gestalten wir die Abonnement-Gebühren wie folgt: Ein Jahresabo kostet dann € 23,- für Einzelpersonen und € 46,- für Institutionen, Presseorgane und Organisationen (jeweils zuzüglich € 6,50 für Versand in Deutschland, € 7,50 ins restliche Europa und € 23,- nach Übersee). Die Preise wurden gerundet, ohne sie insgesamt zu erhöhen.